

Pressemitteilung der Projektgruppe [Gemeinschaftsdiagnose](#): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München in Kooperation mit der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF), Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel), RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit dem Institut für Höhere Studien Wien

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021: Pandemie verzögert Aufschwung - Demografie bremst Wachstum

In ihrem Frühjahrsgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 3,7 Prozent im laufenden Jahr und um 3,9 Prozent im Jahr 2022. Der erneute Shutdown verzögert die wirtschaftliche Erholung, aber sobald die Infektionsgefahren vor allem durch das Impfen gebannt sein werden, wird eine kräftige Erholung einsetzen. Etwa zu Beginn des kommenden Jahres dürfte die Wirtschaft zur Normalauslastung zurückkehren.

„Aufgrund des anhaltenden Shutdowns dürfte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,8 Prozent gesunken sein“, sagte Torsten Schmidt, Konjunkturchef des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Die neue Infektionswelle und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen führen zu einer Abwärtsrevision der Prognose für das Jahr 2021 um 1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbstgutachten 2020.

In ihrer Prognose gehen die Institute davon aus, dass der derzeitige Shutdown zunächst fortgesetzt wird und dabei auch die zuletzt erfolgten Lockerungen wieder weitgehend zurückgenommen werden. Erneute Lockerungsschritte werden erst ab Mitte des zweiten Quartals erwartet, eine Aufhebung der Beschränkungen dann bis zum Ende des dritten Quartals. „Im Zuge der Lockerungen erwarten wir für das Sommerhalbjahr eine kräftige Ausweitung der Wirtschaftsaktivität, vor allem bei den von der Pandemie besonders betroffenen Dienstleistungsbereichen“, so Schmidt.

Angesichts der zu erwartenden Lockerungen dürfte auch die Erholung der Erwerbstätigkeit im Sommerhalbjahr an Fahrt gewinnen. Im Jahresdurchschnitt ist für das Jahr 2021 ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 26.000 Personen zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg 539.000 Personen betragen, wobei das Vorkrisenniveau im ersten Halbjahr erreicht wird. Im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen ab Mai wird auch die Zahl der Arbeitslosen verstärkt zurückgehen.

Die öffentlichen Haushalte dürften im Jahr 2021 ein Defizit aufweisen, das mit 159 Mrd. Euro noch etwas höher ausfällt als im Jahr zuvor. Zwar nehmen konjunkturell die Steuereinnahmen bereits wieder zu. Die Ausgaben für Impfungen und Tests lassen jedoch die sozialen Sachleistungen kräftig steigen. Die Investitionstätigkeit des Staates dürfte zudem weiter expandieren, insbesondere aufgrund der verfügbaren Mittel in Investitionsprogrammen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte das gesamtstaatliche Budgetdefizit im

Jahr 2021 mit 4,5 Prozent in etwa konstant bleiben und im Jahr 2022 deutlich auf 1,6 Prozent zurückgehen.

Die Corona-Pandemie hinterlässt auch Spuren beim Produktionspotenzial. Nach der aktuellen Schätzung dürfte es in den Jahren 2020 bis 2024 durchschnittlich rund 1,1 Prozent unter dem Niveau liegen, das vor der Corona-Krise geschätzt wurde. Zudem rücken die Konsequenzen des demografischen Wandels in Deutschland immer näher. Mit dem Eintritt der Babyboomer in das Rentenalter wird die Erwerbsbevölkerung in wenigen Jahren schrumpfen und der Anteil der Älteren deutlich steigen. Die Folgen für das Potenzialwachstum sind beträchtlich: Bis zum Jahr 2030 muss mit einer Verringerung der jährlichen Potenzialwachstumsrate um rund einen Prozentpunkt gerechnet werden.

Die weitere Entwicklung der Pandemie ist weiterhin das bedeutendste Abwärtsrisiko für die Prognose. Nach wie vor kann es bei der Lieferung von Impfstoffen und Tests zu Engpässen und Verzögerungen kommen. Darüber hinaus könnte das Auftreten neuer Mutationen des Virus die Wirksamkeit der Impfstoffe reduzieren, wodurch der Öffnungsprozess möglicherweise gestoppt werden müsste und damit die wirtschaftliche Erholung abermals zurückgeworfen würde.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2018	2019	2020	2021	2022
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹	1,3	0,6	-4,9	3,7	3,9
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	44 868	45 269	44 782	44 808	45 347
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 340	2 267	2 695	2 630	2 382
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,2	5,0	5,9	5,7	5,2
Verbraucherpreise ^{1,4}	1,8	1,4	0,5	2,4	1,7
Lohnstückkosten ^{1,5}	2,8	3,2	4,2	-0,6	0,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁶					
in Mrd. Euro	61,6	52,5	-139,6	-159,3	-58,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,8	1,5	-4,2	-4,5	-1,6
Leistungsbilanzsaldo					
in Mrd. Euro	264,2	258,6	231,9	284,7	254,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,9	7,5	7,0	8,1	6,8

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Verbraucherpreisindex (2015=100).

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2021 bis 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2021

Die Gemeinschaftsdiagnose wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) vom DIW in Berlin, vom ifo Institut in München, vom IfW in Kiel, vom IWH in Halle und vom RWI in Essen erarbeitet.

Links

- [Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021: Pandemie verzögert Aufschwung - Demografie bremst Wachstum \(Langfassung des Gutachtens\)](#) (PDF, 2.8 MB)
- [Webseite der Gemeinschaftsdiagnose](#)